
***Frühjahrgutachten 2015
der Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose***

**„Kräftiger Aufschwung dank
günstigem Öl und schwachem Euro“**

21. April 2015

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Konjunktur befindet sich in einem kräftigen Aufschwung und wird in erster Linie vom billigen Öl und der starken Abwertung des Euro getrieben. Vor allem der private **Konsum** stützt derzeit den Aufschwung. Dieser profitiert vom Ölpreisverfall, der die Kaufkraft erhöht, und von den steigenden Löhnen als Folge der guten Arbeitsmarktlage. Die Ausfuhren werden durch die deutlich gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Von der konjunkturellen Belebung des Euroraumes gehen ebenfalls positive Impulse auf den Export aus. Bedingt durch die robuste Binnennachfrage legen zwar auch die Importe kräftig zu, dennoch trägt die Außenwirtschaft insgesamt positiv zum Wachstumsimpuls bei. Durch die deutlich gesunkenen Importpreise wird der **Leistungsbilanzüberschuss** in Relation zum BIP auf 8,5 % steigen. Die Unternehmensinvestitionen dürften aufgrund der kräftigen Nachfrage der privaten Haushalte und der steigenden Exporte in den Euroraum leicht anziehen. Steigende Unternehmensgewinne aufgrund des Ölpreisverfalls und weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen sprechen für ein Anziehen der **Investitionen**. Das schwächere Wachstum in den Schwellenländern, die ungelösten Probleme in der Währungsunion und geopolitische Konflikte sprechen hingegen für eine Beeinträchtigung der Investitionen. Die öffentlichen Haushalte werden in diesem und im kommenden Jahr mit Überschüssen von jeweils rund 20 Mrd. Euro abschließen. Für dieses Jahr prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute ein Wachstum von 2,1 %, wobei 0,2 Prozentpunkte auf die höhere Anzahl von Arbeitstagen zurückgehen. 2016 wird die gesamtwirtschaftliche Leistung um 1,8 % steigen.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2014	2015	2016
BIP (real) in %	1,6	2,1	1,8
Erwerbstätige im Inland in Mio.	42,65	43,01	43,24
Arbeitslose in Mio.	2,90	2,72	2,57
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	6,7	6,3	5,9
Verbraucherpreise	0,9	0,5	1,3
Lohnstückkosten in %	1,6	1,9	1,7
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	0,6	0,7	0,8
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	7,6	8,5	8,5

Die Institute haben ihre Konjunkturprognose für Deutschland im Vergleich zur Herbstprognose um 0,9 Prozentpunkte deutlich nach oben korrigiert. Damit wird den erheblichen Änderungen auf den Rohstoff- und Devisenmärkten Rechnung getragen. Auch der Sachverständigenrat hat aus diesen Gründen seine Konjunkturprognose für Deutschland im März korrigiert. Die deutsche Wirtschaft befindet sich zwar in einem konjunkturellen Aufschwung, der jedoch vorwiegend von externen Faktoren getragen wird. Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter robust. Kräftige Impulse von den Investitionen, die zu einem selbsttragenden Aufschwung dazugehören, sind bislang ausgeblieben. BDI und BDA halten angesichts der aktuellen

Entwicklungen und inklusive der positiven Kalendereffekte von 0,2 Prozentpunkten eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des BIP in einer Größenordnung von 2 % im Jahr 2015 durchaus für erreichbar.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Die Gutachter weisen zu Recht darauf hin, dass sich die Unternehmensinvestitionen bis zuletzt sehr schwach entwickelt haben und trotz Konjunkturaufschwung im laufenden Jahr eher moderat zunehmen werden. Dieses kann sich negativ auf die mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten auswirken. Eindeutige Erklärungsmuster für die aktuelle **Investitionsschwäche** liefert das Gutachten nicht. Es wird nicht ausgeschlossen, dass die Produktion noch nicht wieder das Niveau erreicht hat, das man vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erwartet hatte. In diesem Falle würde der Kapitalstock eher nach unten angepasst. Eine weitere mögliche Ursache für die Investitionsschwäche ist die gestiegene Unsicherheit unter den Unternehmen. Hierzu zählen sowohl die Diskussion über die Zukunft der gemeinsamen Währung als auch die geopolitischen Konflikte, vor allem der Konflikt zwischen Ukraine und Russland. Dämpfend auf die Investitionstätigkeit wirken sich aber auch Maßnahmen der Politik aus, die die **Planungssicherheit** der Unternehmen beeinträchtigen. Hierzu zählen die Einführung der Mietpreisbremse ebenso wie das ständige Nachjustieren an den Regulierungen im Energiebereich. Darüber hinaus weisen die Wirtschaftsforschungsinstitute darauf hin, dass sich der Mindestlohn dämpfend auf die Investitionstätigkeit auswirkt. Positiv wird vermerkt, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass Deutschland als Investitionsstandort attraktiver gestaltet werden muss. Maßnahmen, wie etwa die Stärkung von Forschung und Innovation und die Verbesserung der Verkehrs- und der digitalen **Infrastruktur** sind, sofern sie umgesetzt werden, geeignet, einen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung zu leisten. Zu Recht beklagen die Gutachter, dass die bereits im Herbst von ihnen empfohlene Reform der Unternehmensbesteuerung derzeit nicht auf der wirtschaftspolitischen Agenda der Bundesregierung steht. Eine Aufstockung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen wird von den Gutachtern im Grunde begrüßt. Die geförderten Projekte sollten aber auch aus Sicht von BDI und BDA einer ökonomischen Analyse und Effizienzkontrolle unterzogen werden.

Richtigerweise weisen die Wirtschaftsforscher darauf hin, dass es zu früh für eine Bewertung des gesetzlichen **Mindestlohns** ist. Zwar hat dieser bereits zu Rückgängen der geringfügigen Beschäftigung geführt: Die Zahl der Minijobs, die in der Vergangenheit recht stabil bei 5 Millionen lag, ist seit Oktober saisonbereinigt um rund 120.000 gesunken. Ein Teil der Minijobs dürfte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt worden sein, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute feststellen. Allerdings wirken sich erfahrungsgemäß Preissteigerungen – wie sie seit Einführung des Mindestlohns in einigen Branchen beobachtet werden können - erst mittelfristig auf die Nachfrage und die Beschäftigung aus. Zudem überlagert die aktuell gute konjunkturelle Situation die kurzfristigen Mindestlohneffekte. Daher wäre es falsch, die Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns zu verharmlosen. BDA und BDI sehen in der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns nicht nur einen gravierenden Eingriff in die **Tarifautonomie**, sondern auch eine Verschlechterung der Einstiegschancen am Arbeitsmarkt. Auf-

grund der gesetzlich vorgesehenen Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten wird zudem ein massiver bürokratischer Aufwand geschaffen. Die Dokumentationspflichten und auch die Auftraggeberhaftung müssen daher so schnell wie möglich einer kritischen Überprüfung unterzogen und zurückgeführt werden.

Zu Recht fordern die Wirtschaftsforschungsinstitute, dass das Abgabensystem leistungsfreundlicher gestaltet werden muss – gerade auch angesichts der in Deutschland besonders hohen Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und vor allem **Sozialversicherungsbeiträgen**. Zugleich kritisieren sie, dass ein Teil der Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre auf Kosten der Sozialversicherungen erzielt wurde. Richtigerweise weisen sie darauf hin, dass versicherungsfremde Leistungen, wie zum Beispiel die Mütterrente, nicht von den Beitragszahlern, sondern aus dem Steueraufkommen finanziert werden sollten. BDA und BDI stimmen mit den Wirtschaftsforschungsinstituten überein, dass von der Finanzierung über die gesetzliche Rentenversicherung mittelfristig wachstumsdämpfende Wirkungen ausgehen, da höhere Rentenversicherungsbeiträge den Produktionsfaktor Arbeit verteuern. Für eine Entlastung des Faktors Arbeit sollten aus Sicht von BDA und BDI vorrangig die Sozialversicherungsbeiträge verringert werden – durch strukturelle Reformen der Sozialversicherungen. Dies gilt besonders für die Sozialversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, deren Finanzierung vom Arbeitsverhältnis entkoppelt werden muss.

Die Finanzlage des Staates hat sich in den vergangenen Jahren deutlich entspannt. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen, ein Rückgang der Zinsausgaben sowie arbeitsmarktbedingte Minderausgaben haben mit dazu beigetragen, dass der Staat im vergangenen Jahr das dritte Mal in Folge einen Budgetüberschuss erzielen konnte. Dieser Trend wird sich im Prognosezeitraum weiter fortsetzen, so dass sich ein Budgetüberschuss des öffentlichen Sektors in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Relation zum BIP in Höhe von 0,7 % in diesem und 0,8 % im kommenden Jahr ergeben wird. Anders als die Wirtschaftsforschungsinstitute fordern BDI und BDA jedoch nicht vorrangig eine grundlegende Reform der Lohn- und Einkommensteuer, sondern vielmehr gezielte Maßnahmen, die nachhaltig wachstumsfreundlich sind und den Forschungs- und Entwicklungsstandort im internationalen Wettbewerb stärken.